

Themen aus dem Landtag (24. Tagung vom 28. bis 30. August 2019)

Es ist nie zu spät, einen Irrweg zu verlassen!

Die stetig steigenden Mietpreise sind eines der größten sozialen Probleme unserer Zeit. Der Anstieg hat in vielen Regionen jeden Bezug zum realen Wert verloren. Mieterinnen und Mieter geraten in eine immer schwächere Situation. Es gibt die dringende Notwendigkeit und politische Verpflichtung, Wohnungen bezahlbar zu halten. Der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Ralf Stegner, fordert die Landesregierung in einer Aktuellen Stunde dazu auf, ihren Irrweg bei der Abschaffung von Mietpreisbremse und Kappungsgrenzenverordnung zu verlassen:

„Wohnen ist ein Grundrecht, darauf haben Menschen einen Anspruch. Diese Position teilt die SPD mit der Volksinitiative für bezahlbares Wohnen, die darum von Anfang an unsere volle Unterstützung hat! Auf Druck der SPD in der Bundesregierung gibt es seit Januar eine Verschärfung der Mietpreisbremse. Für Mieterinnen und Mieter ist das eine richtig gute Nachricht – nicht jedoch in Schleswig-Holstein. Hier hält die Landesregierung an ihrem Irrweg fest. Die Mietpreisbremse hat in der Vergangenheit noch nicht optimal funktioniert und eine Nachbesserung war nötig. Genau das ist jetzt passiert und trotzdem kann es CDU, FDP und Grünen nicht schnell genug gehen, die Mietpreisbremse in Schleswig-Holstein außer Kraft zu setzen. Weil wir wissen, dass CDU und FDP die Bremse aus grundsätzlichen Gründen ablehnen, entsteht ganz klar ein Eindruck: Ein ungeliebtes Instrument soll aus der Welt geschaffen werden, bevor es voll wirken kann und in der Folge der öffentliche Aufschrei zu laut würde. Anders sind die Pläne von Konservativen und Liberalen nicht zu erklären.

Gemeinsam mit der Mietpreisbremse schafft Jamaika auch die Kappungsgrenzenverordnung aus der Welt. Kappungsgrenzen sorgen dafür, dass einem als Mieter, der bereits in einer Wohnung lebt, die Mieten nicht um die Ohren fliegen – anders als die Mietpreisbremse, die bei der Wiedervermietung von Wohnungen wirkt. Wirklich gut wirken sie zusammen, denn die Kappungsgrenzen sind dort strenger, wo die Mietpreisbremse in Kraft ist. Und das alles wollen Sie den Mieterinnen und Mietern in Schleswig-Holstein vorenthalten – ein trauriger Kniefall vor Spekulanten und Renditejägern!

Auch das Verhalten der Grünen passt nicht zusammen. Auf Bundesebene werfen sie der Großen Koalition Stillsand vor, weil die Mietpreisbremse nicht noch viel stärker verschärft wird. In Schleswig-Holstein berufen sie sich auf butterweiche Formulierungen im Koalitionsvertrag und lassen sich von FDP und CDU gegen die Wand spielen. Wir wissen, wessen Interessen diese beiden Parteien vertreten. Das aktuelle Trauerspiel sagt auch viel über den Stellenwert aus, den Mieterinnen und Mieter bei dieser Landesregierung haben. Während der Bund einen großen Schritt voran in Sachen Mieterrechte macht, legt Jamaika stur den Rückwärtsgang ein – traurig aber wahr!

Glücklicherweise ist es fast nie zu spät, einen Irrweg zu verlassen. Wir fordern die Landesregierung dazu auf, die Finger vom Mieterschutz zu nehmen.“

Die Rede gibt es hier als Video: <https://www.youtube.com/watch?v=4n2hxJMc0Ew>

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

Es ist höchste Zeit für ein staatlich verpflichtendes Tierwohllabel!

Die Zeiten für freiwillige Vereinbarungen, wie die Bundeslandwirtschaftsministerin sie aktuell mit dem freiwilligen Schweinelabel plant, sind definitiv vorbei. Wir wollen eine flächengebundene Nutztierhaltung, ein Mehr an Tierwohl und eine deutliche Begrenzung der Tiertransporte und einen unmissverständlichen Herkunftsnachweis sowohl bei Frischfleisch, als auch bei verarbeiteten Lebensmitteln und in der Gastronomie, der Kantine und der Mensa. Genau das haben wir in der August-Sitzung des Landtages beantragt (Drs. 19/1616). Dazu erklärt die agrarpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Kirsten Eickhoff-Weber:

„Es muss deutlich sein, wo das Fleisch unter welchen Bedingungen erzeugt und verarbeitet wurde. Ich will mich als Verbraucherin entscheiden können kein Rindfleisch aus den USA, kein Schweinefleisch aus China, kein Lammfleisch aus Neuseeland zu essen. Wir müssen die Landwirtschaft bei der Neuausrichtung hin zu einer nachhaltigen Landwirtschaft – ökologisch verträglich, sozial gerecht und ökonomisch rentabel – unterstützen. Das ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung. Die Konzentration in der Fleischindustrie, der Ernährungsindustrie und im Lebensmitteleinzelhandel hat dazu geführt, dass niedrigste Preise über alles entscheiden. Die Gesellschaft aber will eine klimaverträgliche, am Tierwohl orientierte Landwirtschaft. Viele Bauern wollen nachhaltig wirtschaften, dafür brauchen sie dann aber auch faire Preise. Also müssen sich doch Verbraucher und Landwirtschaft gemeinsam gegen die Macht von Industrie und Handel stellen und sich dafür stark machen, dass mehr Leistung auf den Höfen auch honoriert wird. Im Ergebnis wird Fleisch wieder mehr kosten, aber die Belastung würde gerecht verteilt und jeder hätte seinen Beitrag zum Klimaschutz geleistet.“

Auf der Rindermastbereisung war zu hören, dass einer der Discounter, der sich als ganz besonders nachhaltig generiert, kein Rindfleisch mehr in Schleswig-Holstein kauft. Also nix mehr mit regional. Wir dürfen gespannt sein, wie bzw. ob die Verbraucher davon erfahren! Hier im Landtag sind in der letzten Legislatur Beschlüsse gefasst worden, die in die richtige Richtung weisen. Z.B. 2014 auf Initiative der Küstenkoalition „Für eine transparente und verbraucherfreundliche Kennzeichnung von Herkunft und Haltungsformen bei tierischen Lebensmitteln“ oder im April 2018 der Antrag von Jamaika, der fordert, sich auf Bundes- und EU-Ebene für eine obligatorische Kennzeichnung einzusetzen. Leider fehlte dem Ministerium der Wille oder die Kraft oder die Zeit, diese umzusetzen oder sich mit der nötigen Vehemenz dafür einzusetzen.

Es ist höchste Zeit! Daher fordern wir ein staatlich verpflichtendes Tierwohllabel für alle Nutztier- und Haltungsarten und endlich eine Landesinitiative zur Umsetzung der nationalen Nutztierstrategie. Dabei geht es auch um Wissenschaft, Forschung, Entwicklung und begleitende Förderinitiativen. Bisher hat Minister Albrecht lediglich einen Dialogprozess „Zukunft der Landwirtschaft“ initiiert, da werden jetzt in einem kleineren Kreis Thesen zur Zukunft der Landwirtschaft 2040 entworfen. 2040 ist aber zu spät, dann ist es für viele Betriebe vorbei. Herr Albrecht mag die Hoffnung manches Grünen sein, für die Landwirtschaft in Schleswig-Holstein ist er es definitiv nicht.“

Die Rede gibt es hier als Video: https://www.youtube.com/watch?v=vdSAZLxY1_M

Kostenfreier Nahverkehr zu den Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit!

Drei Jahrzehnte nach dem Fall der Mauer finden hier bei uns in Kiel die Feierlichkeiten anlässlich des Tages der Deutschen Einheit statt. Wir hoffen, ganz viele Besucherinnen und Besucher aus Schleswig-Holstein, aber auch aus den anderen Bundesländern hier bei uns begrüßen zu dürfen und haben uns die Frage gestellt, wie man allen eine problemlose Anreise ermöglichen kann. Unsere Antwort: kostenloser Nahverkehr für ganz Schleswig-Holstein an den beiden Tagen der Feierlichkeiten am 2. und 3. Oktober. Dazu erklärt der verkehrspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Kai Vogel:

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

„Nach 2006 wird nun zum zweiten Mal hier in unserem Bundesland der Tag der Deutschen Einheit unter dem Motto „Mut verbindet“ gefeiert. Schleswig-Holstein möchte mit diesem Motto eine Brücke schlagen zwischen früher, heute und morgen und mit dem Logo des Leuchtturmes in den Deutschlandfarben das Verbindende von den Kommunen bis nach Europa symbolisieren. Ich freue mich auf dieses Fest und finde es toll, dass es hier bei uns in Kiel stattfindet. Ich hoffe, dass wir ganz viele Gäste aus Schleswig-Holstein, aber auch aus den anderen Bundesländern hier bei uns begrüßen dürfen.

2017 waren es übrigens über 510.000 Besucherinnen und Besucher in Mainz, im letzten Jahr in Berlin schon über 600.000. Deshalb haben wir uns die Frage gestellt, wie kann man allen Besucherinnen und Besuchern eine problemlose Anreise ermöglichen. Leider werden wir niemals jeden davon überzeugen, dass eine Anreise mit Bus und Bahn am vernünftigsten ist, um ein Verkehrschaos hier in Kiel zu vermeiden, aber eine kostenfreie Anreise mit Bus und Bahn überzeugt dann doch hoffentlich ganz, ganz viele, das Auto stehen zu lassen. Deshalb haben wir diesen Antrag gestellt. Darin fordern wir den kostenlosen Nahverkehr für ganz Schleswig-Holstein an den beiden Tagen der Feierlichkeiten am 2. und 3. Oktober. Die Tickets nur nach Kiel an diesem Tag kostenfrei zu stellen, schien uns technisch und organisatorisch recht kompliziert. Umstellungen bei Fahrkartensystemen sind bei jeder Tarifierhöhung sehr aufwändig und klappen nicht einfach per Mausclick. Und auch für das Zugpersonal schien es uns am einfachsten, wenn alle wissen, an diesem Tag kann ich auf jeder Bahnstrecke in Schleswig-Holstein kostenfrei fahren. Es macht für uns keinen Sinn, für eine Strecke von Lübeck nach Plön mit der Bahn am 3. Oktober zahlen zu müssen, wer aber weiter nach Kiel fährt, darf kostenfrei fahren.

Vorbild ist hier für uns der HWV. Der HWV lässt meist einmal im Jahr an einem Sonntag alle Nutzerinnen und Nutzer kostenfrei das Streckennetz als Geste des Dankes für die Kunden nutzen. An diesem Tag sieht man ganz viele Reisende mit glücklichen Gesichtern. Wir wollen, dass auch unsere Gäste mit diesem Lächeln im Gesicht nach Kiel anreisen können und ein großartiges Fest erleben.“

Die Rede gibt es hier als Video: <https://www.youtube.com/watch?v=i2o4T4drAO8>

Die Gefahr ist real!

Wie sollen Menschen mit einem Eintrag auf einer sog. „Todesliste“ umgehen, wenn sie entweder nicht einmal davon wissen oder nicht richtig zu ihren Optionen beraten werden? Dieser Frage gingen wir in der August-Sitzung des Landtages nach. In einem Antrag (Drs. 19/1605) fordern wir u.a., dass es eine Anlaufstelle für Betroffene bei den Sicherheitsbehörden gibt und die zivilgesellschaftliche Beratung finanziell gestärkt wird. Dazu erklärt der Sprecher gegen Rechtsextremismus der SPD-Landtagsfraktion, Tobias von Pein:

„Es gibt so viel Kritik am Umgang von Strafverfolgungsbehörden mit dem stetig wachsenden Phänomen des Rechtsextremismus, dass einem angst und bange werden kann. Manche sagen sogar, dass die Justiz auf dem rechten Auge blind sei. Solche Annahmen können wir uns aber nicht leisten, wenn Menschen für ihr Engagement für die Demokratie oder Geflüchtete mit dem Tode bedroht werden und eingeschüchtert werden sollen. Dem wollen wir mit mehr Information, Beratung und Schutz entgegenreten. Denn wir wollen uns nicht daran gewöhnen, von Rechten bedroht zu werden! Immer mehr Hass entlädt sich in der Gesellschaft und immer mehr Menschen geraten ins Visier von Rechten. Diese bekennen sich immer häufiger offen zu ihrer menschenverachtenden Ideologie, weil sie glauben, eine schweigende Mehrheit der Bevölkerung hinter sich zu haben. Dabei muss es nicht erst zu Hetzjagden kommen, wie im September letzten Jahres in Chemnitz. Die bloße Drohung, die davon ausgeht, auf einer der sog. „Todeslisten“ zu stehen, mit denen politische Gegner*innen mit dem Tode bedroht werden, kann zu einer enormen Belastung für Betroffene werden.

Ebenfalls eng mit solchen Umtrieben verbunden ist die AfD, wie etwa der Fall des ehemaligen mecklenburg-vorpommerschen Landtagsabgeordneten und Landesvorsitzenden Arppe zeigt, der aus der Partei austreten musste, nachdem Chats bekannt wurden, in denen er „das rot-grüne Geschmeiß auf den Schafott“ schicken oder politische Gegner*innen „an die Wand [...] stellen [...] eine Grube aus [...] heben und Löschkalk obendrauf [...] streuen“ wollte.

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de



Verharmlosende Aussagen anderer Parteimitglieder, wie etwa der schleswig-holsteinischen Landesvorsitzenden Doris von Sayn-Wittgenstein, für die die Neonazis in den Straßen von Chemnitz im September 2018 „tausende deutsche Patrioten“ waren, die sich nur gegen Merkels Flüchtlingspolitik wehren würden, tun dabei ihr Übriges.

Einen Schritt weiter ging das rechte Terrornetzwerk „Nordkreuz“, welches, ebenfalls aus Mecklenburg-Vorpommern stammend, vor allem aus Angehörigen von Polizei und Bundeswehr bestand und Angriffe auf politische Gegner*innen plante. Die Beteiligten hatten bereits Leichensäcke und Ätzkalk bestellt. Ihm gehörten etwa 30 sog. Prepper an, die sich auf den möglichen Zusammenbruch der staatlichen Ordnung vorbereiteten und dafür Lebensmittel- und Waffenvorräte anlegten. Unter anderem stahlen sie tausende Schuss Munition und sollen bis zu 25.000 Namen und Adressen von in ihren Augen „flüchtlingsfreundlichen“ Lokalpolitikern zusammengetragen haben.

Dass die Gefahr real ist, zeigte auch der zutiefst erschütternde Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke durch einen Rechtsextremisten. Der Rechtsstaat muss mit aller gebotenen Härte zurückschlagen. Dafür muss er bei den Betroffenen anfangen und sie nicht nur unaufgefordert über den Sachverhalt informieren, sondern ihnen auch Hilfe anbieten, wie es weitergehen kann, bis hin zum Polizeischutz in besonders schweren Fällen. Das Thema jetzt kleinzureden und am Ende weitere Mordopfer zu beklagen, darf nicht unser Anspruch an Sicherheit sein.“

Die Rede gibt es hier als Video: <https://www.youtube.com/watch?v=3DbGQQLHSbw>

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de